

Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt 2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat der Stadt Gummersbach,

die Welt ist nicht mehr so, wie wir sie uns wünschen. Die Coronakrise stellt alle vor extreme Herausforderungen und Belastungen. Und wann sie zu Ende ist, weiß niemand.

Gerade Menschen, die unter diesen Bedingungen weiterhin ihrem Beruf nachgehen müssen, die weiterhin unsere Strukturen aufrecht erhalten müssen, und **dazu gehören auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Rathauses**, verdienen unseren besonderen Dank.

Unter Coronabedingungen einen Haushalt zu erstellen, wirft noch mehr Fragen auf, als das unter normalen Bedingungen geschehen würde. Wie entwickeln sich unsere Einnahmen, wie entwickeln sich unsere Ausgaben? In den vergangenen zwei Jahren (2020 und 2021) verlief vieles positiver, als wir es erwartet hatten.

Und auch den Haushalt 2022 kalkulieren wir mit einem Überschuss von 7 Millionen Euro, welches durch eine hohe Schlüsselzuweisung von 31 Millionen Euro ermöglicht wird. Dieser kalkulierte Überschuss wird aber in den Jahren 2023 - 2025 durch entsprechend geringere Schlüsselzuweisung und höhere Ausgaben bei der Kreisumlage wieder aufgebraucht werden.

Viele Entwicklungen in der Stadt Gummersbach können wir mittragen. In den Bereichen Schule, Sport, Soziales, Kinder und Jugend können wir vieles unterstützen, in anderen Bereichen sehen wir jedoch großen Handlungs- und Nachholbedarf.

Der Bürgermeister betonte in der Haushaltseinbringung, wie wichtig ihm Nachhaltigkeit sei. Er sei schon immer für Nachhaltigkeit.

Aber, Herr Bürgermeister, wie nachhaltig sind wir wirklich? Ist unsere Nachhaltigkeit überprüfbar? Haben wir besondere Leistungen erbracht, z.B. bei der Einsparung von CO₂ oder bei der Installation von Photovoltaikanlagen auf städtischem Gebiet?

Dass Sie laut eigener Aussage schon immer für Nachhaltigkeit sind, geht aus der aktuellen Faktenlage leider nicht hervor. Denn im Vergleich zu anderen Städten und Kommunen im Oberbergischen Kreis hinken wir gerade beim Thema nachhaltiges Wirtschaften deutlich hinterher:

Bis zum 31.08.2021 hatten wir pro Einwohner 203 Watt an **Photovoltaikleistung** auf Gummersbacher Dächern installiert. Mit dieser installierten Leistung liegen wir im Oberbergischen Kreis an zweitletzter Stelle. Andere Kommunen sind da schon bedeutend weiter. Reichshof hat 350 Watt/Einwohner:in installiert, Nümbrecht kommt auf 370, Lindlar auf 450 und Wipperfürth sogar auf 525 Watt. Wipperfürth hat 2,5 Mal soviel installierter Photovoltaikleistung/Einwohner:in wie Gummersbach.

Hier sehe ich überhaupt keine Nachhaltigkeitsbemühungen.

Um in Zukunft etwas besser dazustehen, hatten wir 50.000 Euro zur Unterstützung von Bürger:innen zur Installation von Photovoltaikanlagen beantragt. Dies wurde mehrheitlich in den Fachausschüssen abgelehnt.

Abgelehnt wurde auch unser Antrag, Geld in die Hand zu nehmen, um den Schwund der Artenvielfalt einzudämmen. Immer mehr Flächen werden versiegelt, Schottergärten verdrängen zunehmend die begrünten Vorgärten und tote Waldflächen werden großflächig geräumt. Anstatt sich dieser Entwicklung entgegenzustellen, finden unsere Vertreter in Verwaltung und Politik immer weitere Ausreden, warum dies angeblich nicht geht. Genannt wird vor allem das Argument, es gebe zu wenig Personal und es herrsche offensichtlich nur wenig Interesse an Öffentlichkeitsarbeit. **Zudem fehlt wohl der Mut, sich gegebenenfalls mit Eigentümern auseinanderzusetzen.** Aber der Bürgermeister agiert ja schon immer nachhaltig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so werden wir keinen Beitrag dazu leisten, das Pariser Klimaschutzabkommen zu unterstützen, wir werden keinen Beitrag dazu leisten, den Schwund der Artenvielfalt einzudämmen.

Der Bürgermeister ist stolz darauf, dass die Kredite für Investitionen in den letzten Jahren nicht gestiegen sind. Bei der Einbringung des Haushalts will er sich nicht mit anderen Kommunen vergleichen und kritisiert diese, weil sie ihre Kredite in Schattenhaushalte auslagern.

Herr Bürgermeister, wenn ich mir unsere Investitionen ansehe, so machen wir dies doch auch. Schauen Sie sich die Investitionen der letzten Jahre oder auch in diesem Haushalt die Investorenmodelle für Kindergärten und Feuerwehrgerätehäuser an. Andere Gesellschaften nehmen

Kredite auf und investieren in unsere Infrastruktur. Dies zahlen wir dann über Jahre über den erhöhten Verwaltungshaushalt durch hohe Mietzahlungen über 30 Jahre zurück. Dies ist legal, Herr Bürgermeister. Aber wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

Und wenn wir uns die Rahmenbedingungen der Haushaltswirtschaft, zu der Sie uns verpflichten wollen ansehen, dann lügen wir uns doch in die eigene Tasche. Dort heißt es unter Punkt 2: Verbot der Nettoneuverschuldung als Selbstverpflichtung von Rat und Verwaltung. Dem sollen wir zustimmen, wohl wissend, dass wir dies nicht einhalten können und nur über Schattenhaushalte stemmen können.

Ich weise noch auf eine weitere Verpflichtung hin, die wir eingehen sollen. Unter Punkt 4 heißt es: Personalbudget: "grundsätzlich bei neuen Stellen Kompensation erforderlich".

Auch dies haben wir in den letzten Jahren so nicht eingehalten, obwohl das Haushaltssicherungskonzept dies vorgeschrieben hatte. Schauen wir uns mal die Stellenentwicklung von 2015 bis 2022 an.

Ich will es kurz machen: im Jahre 2015 hatten wir 444 Stellen im Stellenplan ausgewiesen, im Jahre 2022 sind es 520 Stellen, somit netto 76 Stellen mehr. Herr Bürgermeister, Sie würden dies jetzt mit der Stellenmehrung im Sozial- und Erziehungsdienst rechtfertigen. Auch darauf habe ich eine Antwort. Rechne ich die zusätzlichen Stellen im Sozial- und Erziehungsdienst raus, so haben wir in den letzten 8 Jahren eine Stellenvermehrung in der Kernverwaltung von immer noch 41 Stellen. Das sind jährlich 5 Stellen mehr. Dies steht im Widerspruch zu der Verpflichtung, dass "grundsätzlich bei neuen Stellen eine Kompensation erforderlich" ist.

Meine Kritik an der Fortschreibung Ihrer "haushaltswirtschaftlichen Rahmenbedingungen" richtet sich nicht nur gegen die zuvor genannten Abweichungen in der Vergangenheit, sondern gegen das pauschale Kompensationsgebot bei jedem Antrag, der insbesondere von unserer Fraktion gestellt wird. Dieses pauschale Kompensationsgebot wird von Verwaltung und Mehrheitsfraktion als "Totschlagargument" missbraucht.

Herr Bürgermeister, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, wir verhalten uns schon immer nachhaltig, wir alle. Theoretisch. Aber in der Praxis entscheiden Sie sich mehrheitlich gegen mehr Klimaschutz, gegen mehr Artenvielfalt, gegen mehr Umweltschutz, gegen nachhaltige Mobilität. Sie behaupten, dass der Verwaltung das Personal fehlt.

Meine Damen und Herren, wie ich eben ausgeführt habe, liegt es nicht am Personal. Es liegt ausschließlich daran, dass die Mehrheit des Rates zusammen mit dem Bürgermeister die Prioritäten bisher noch anders setzt, als es zur Bekämpfung der Klimakrise, für den Erhalt der Artenvielfalt dringend erforderlich ist. **Mit diesem Haushalt unterstützen wir nicht die Pariser Klimaschutzziele, sondern wir untergraben sie.**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehnt den Haushalt für das Jahr 2022 ab.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort.